

Beschluss
des Nürnberger Rates für Integration und Zuwanderung
vom 02.07.2013

-öffentlich-
-einstimmig-

Kommunale Wohnungsvermittlung

Die Stadtverwaltung möge im Rat für Integration und Zuwanderung und in der Kommission berichten, ob Zugewanderte auch in den sozial geförderten Wohnungen in Nürnberg entsprechend ihrem Anteil an den Berechtigten vertreten sind und wie die Vermittlung in die Wohnungen stattfindet. Insbesondere soll dabei auf folgende Punkte eingegangen werden:

- Wie hoch ist die Vermittlungsquote von Menschen mit Migrationshintergrund in den Wohnungen, die vom Amt vermittelt werden?
- Welche Wohnqualität haben die sozialen Wohnungen?
- Wie ist die Verteilung der Wohnungen in den Stadtteilen?
- Unter welchen Voraussetzungen bekommt man eine Vermittlung?
- Wie viel Entscheidungskraft hat die Stadt Nürnberg bei der tatsächlichen Vermietung des Wohnraums?

Die Stadtverwaltung möge prüfen, ob Personen mit einer langen Wartezeit bei der Wohnungsvergabe besonders gefördert werden können. Der Integrationsrat erklärt sich bereit, zusammen mit der Stadtverwaltung ein Konzept zur Linderung der Wohnungsnot, insbesondere bei Zuwanderern, zu erarbeiten.

Begründung:

Der Integrationsrat wird immer wieder von den oft verzweifelten Zugewanderten aufgesucht, die sich seit mehreren Jahren und ohne Erfolg auf der Suche nach geeignetem Wohnraum befinden. Viele erhalten zwar Angebote vom Wohnungsamt der Stadt Nürnberg, aber nach dem Besichtigungstermin bekommen sie doch keine Zusage. Außerdem ist es für die Zugewanderten aufgrund der vorhandenen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt oft sehr schwierig an die Wohnungen zu kommen.

Um Ideen zu entwickeln, wie man diesem negativen Trend entgegenwirken kann, bittet der Integrationsrat um Informationen über den aktuellen Stand der Wohnungsvermittlung und über die Möglichkeiten der Stadt Nürnberg auf diesem Gebiet.

Nürnberg, 02.07.2013

Vorsitzende

D. Liberova

Diana Liberova

Schriftführerin

N. Adah

Natalya Adah